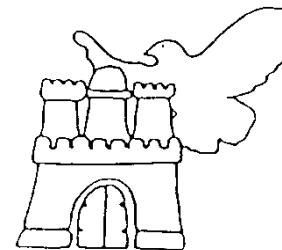


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 08/16

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

27. November 2016

im Oktober waren wir mit drei Bussen zur Friedensdemonstration in Berlin gefahren. In den Medien wurde unser Protest – man muss schon sagen, wie üblich – nur wenig beachtet. Angesichts des forschen Auftretens von Frau von der Leyen für mehr deutsche Verantwortung, sprich, mehr deutsches Militär im weltweiten Einsatz, ist der Protest aber nicht weniger notwendig. Nach der Wahl Trumps zum US-Präsidenten stimmen unsere Eliten unisono in den Ruf nach mehr deutschen Soldaten und Waffen ein. Der Rüstungsetat soll in den kommenden Jahren drastisch erhöht werden. Da wird für den Bedarf in anderen Bereichen – Gesundheit, Bildung oder Renten – noch weniger Geld zur Verfügung stehen. Anfang November fand die Hamburger Friedenskonferenz statt, die sehr gut besucht war und sehr informativ. Es wäre wünschenswert, wenn sich aus diesen Ansätzen eine breitere Friedensbewegung entwickelte. Wir werden in unserem Engagement jedenfalls nicht nachlassen.



Daher unsere traditionelle Bitte zum Jahresende, unsere gemeinsame Friedensarbeit mit einer Spende zu unterstützen. Eure Spenden sind steuerabzugsfähig. Bei Beträgen ab zweihundert Euro stellen wir eine Spendenquittung aus (ansonsten reicht der Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug zur Vorlage beim Finanzamt). Eure Spende könnt ihr auf unser neues Konto bei der GLS-Bank überweisen (die IBAN findet ihr in der Fußzeile). Wir haben euch auch einen Überweisungsträger beigelegt. Mit dem Wechsel zur GLS-Bank ist sichergestellt, dass unser Bankguthaben nicht zur Rüstungsfinanzierung oder für andere unethische Geschäfte verwendet wird.

Am ersten Wochenende im Dezember findet auch diesmal wieder der bundesweite Friedensratschlag in Kassel statt:

23. Friedensratschlag am 3. und 4.12. 2016 in Kassel Für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit Universität Kassel ● Wilhelmshöher Allee 73

Auf der letzten Seite des Rundbriefs könnt ihr euch über die Inhalte informieren. In unseren Webseiten (unter Aktuelles/Frieden bundesweit) findet ihr auch einen Link zum [Flyer](#).

Holger Griebner ist im Auftrag des Forums Anfang des Monats zur Prozessbeobachtung in die Türkei gefahren. Die demokratische Opposition gegen den immer autoritäreren Kurs der türkischen Regierung und ihren Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Wir drucken dazu einen kurzen Text von Holger ab. Außerdem bereiten wir zusammen eine Veranstaltung zu dem Thema vor.

Wer sich noch stärker engagieren möchte, sei auf unsere Vorstandssitzungen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 20.12., 03.+17.01. ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer mitarbeiten möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Adresse und E-Mail unten). Zurzeit sind wir besonders mit der Vorbereitung des Ostermarsch 2017 beschäftigt.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Prozessbeobachtung Ankara 7. und 8.11.

Holger Griebner

Am 10.10.15 sind mitten in Ankara 106 Menschen durch einen Bombenanschlag getötet und hunderte schwer verletzt worden. Die Bomben detonierten in einer Massendemonstration mit der Losung: *Dem Krieg zum Trotz. Frieden jetzt. Sofort.*

Im Auftrag des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung und als ver.di-Aktiver habe ich den Prozessauftritt beobachtet.

Am 6.11. gab es abends Vorabinformationen durch die Anwälte, die mit dem Gewerkschaftsdachverband KESK und der Bildungsgewerkschaft EGITIM SEN zusammenarbeiten:

35 Angeklagte, davon 15 in Haft, 3 durch Selbstmordattentate getötet. Die Anwälte sind keine persönlichen Anwälte, sondern haben sich freiwillig der Aufgabe gestellt. Auch die Anwaltskammer ist beteiligt. Über 100 bis zeitweise 150 von 500 Anwälten sind anwesend. Man hat sich auf 30 prozessführende Anwälte geeinigt. Anklage aufgrund von Beweisen in Form von Fingerabdrücken, Untersuchungsergebnissen der Leichenteile, Videoaufnahmen an einer Tankstelle. 4 Tage nach der Tat wurde ein Haupttäter festgenommen, der dann viele Informationen gegeben hat über Sprengstoffherkunft usw. Die Anwälte konnten kaum informieren, weil der Staat alle relevanten Ermittlungsergebnisse geheimhält. Der Bruder des Attentäters von Suruc hatte angekündigt, er selbst werde auch einen Anschlag verüben. Deshalb hat ihn der Geheimdienst überwacht. Aus den Akten, die die Anwälte einsehen konnten, gehen keine Einzelheiten wie Telefonaufzeichnungen o. Ä. hervor.

Der Prozess hat zwei Hauptbestandteile: 1. Der Staat konnte oder wollte die Menschen nicht schützen. Vom Ermittlungsrichter wurde deshalb der Prozess gegen den Staat angestrebt, aber vom Staatsanwalt nicht angenommen. 2. Die staatlichen Sicherheitskräfte haben die Rettungsarbeiten aktiv behindert. Wegen zahlreicher Pfeffersprayeinsätze nach den Explosionen sind Menschen gestorben, weil die Ärzte nicht arbeiten konnten. Die Krankenwagen brauchten aus den z. T. fünf Minuten entfernt gelegenen Krankenhäusern 45 Minuten zum Einsatzort, weil die Polizei Sperren errichtet hatte. Verletzte sind selbst mit Taxis in Krankenhäuser gefahren.

Involvierte Anwälte und Nebenkläger von KESK (gewerkschaftl. Dachverband), HDP (Partei der Völker), DISK, TMMOB (Ingenieur-Organisation), BTS (Transportarbeitergewerkschaft), EMEP (Arbeiterpartei), TTB (Ärztengewerkschaft), Halkeni (eine NGO), CHP (Republikanische Partei), Egitim Sen (Bildungsgewerkschaft) und Insaat isalari Sendileas (Bauarbeitergewerkschaft).

Zum Ablauf des 7. und 8. Nov. vor und im Gericht: Von Wasserwerfern und bewaffneten Polizeitruppen umringt stehen einige hundert Opfer, Angehörige und AnwältInnen vor dem Gericht. Großformatige Fotos der

Toten werden gezeigt. Eine junge Anwältin, von der ich später erfahre, dass ihr Mann von der Bombe zerrissen wurde, erläutert ihren LeidensgenossInnen die Prozessstrategie und warnt, sich nicht provozieren zu lassen.

Es stehen zwei große Säle zur Verfügung, die ca. zusammen 500 Menschen Platz bieten. Im Anschluss an nachlässige Sicherheitskontrollen sind beide Säle voll besetzt und viele stehen in den Treppenaufgängen. Der Beginn verzögert sich, weil die Technik der Videoübertragung in den zweiten Saal nicht funktioniert. Eine Frau springt auf und schreit dem Gericht entgegen:

Ihr überwacht uns, ihr behindert die Ermittlungen und jetzt seit ihr nicht mal in der Lage, die Technik zu organisieren. Daraufhin ruft ein Täterverteidiger: „Die Zuschauer sollen keine Show machen“. Noch nach dreizehn Monaten sichtbar gezeichnete Opfer, junge Menschen, stehen auf und es wird gerufen: „Hier gibt es keine Zuschauer. Hier gibt es nur Opfer und Täter.“ Der Provokateur (Täteranwalt) wird von Sicherheitskräften aus dem Saal begleitet

Es werden 13 angeklagte junge Männer in Handschellen hereingeführt. Sie sitzen in der ersten Reihe vor erhobenem plaziertem Richter und Staatsanwalt (nebeneinander), dazwischen Sicherheitskräfte. Dann marschiert eine halbe Kompanie behelmt schwarzer uniformierter Polizisten mit großen Plastikschilden in den Gerichtssaal und stellt sich zwischen die Angeklagten und die Opfer. Ca. 100 AnwältInnen sitzen in den ersten Reihen hinter ihnen und dahinter dann Opfer, Betroffene, Familienangehörige der Toten und weitere Anwälte und auch wir. Eine weitere Gruppe Anwälte hat im Nebensaal, der offen ist zum Hauptsaal, stehend Platz gefunden. Eine kleine Gruppe Anwälte sitzt an Tischen vorne links unten, eingezwängt von Sicherheitskräften.

Eine erneute Provokation nach einstündiger Verlesung der Namen der OpfervertreterInnen und der Anwälte: Nach einem verzweifelten Zwischenruf eines Opfers, man solle endlich die Ermittlungsergebnisse auf den Tisch legen, verlangt ein Verteidiger der Angeklagten, diese Zwischenruferin des Saales zu verweisen. Daraufhin entspannt sich ein Wortwechsel, Zuschauer springen auf. Einige Wasserflaschen fliegen in die Ecke der VerteidigerInnen. Die gepanzerten Sicherheitskräfte springen auf und schützen mit ihren großen Schilden Richter, Staatsanwälte und Angeklagte. Viele Anwälte heben die Hände und fordern Ruhe und Besonnenheit, denn der Staat warte nur auf einen Anlass, diesen Prozess zu beenden bzw. die Öffentlichkeit ausschließen zu können. Die Situation entspannt sich. Eine Frau wird aufgefordert, das Filmen einzustellen. Sie: „Ich filme, ich bin Opfer, ich habe das Recht.“ Nichts geschieht.

Ein Pflichtverteidiger gibt eine Erklärung ab, dass er das Mandat niederlegt, da Büromitarbeiter von ihm selbst zu den Opfern gehörten. Eine weitere Kollegin schließt sich an. Letztlich ist nur noch ein Pflichtverteidiger übrig.

Im Rahmen der richterlichen Verlesung der Namen aller Prozessbeteiligter werden als Prozessbeobachter auch die Namen zweier Anwälte sowie eines IGM-Vertreters und eines ver.di-Vertreters aus Deutschland genannt. Anwesend ist auch eine Vertreterin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) sowie eine PTT-Delegation aus Tunesien.

Die Angeklagten werden gefragt zu Alter, Wohnort und Arbeit sowie Einkommen und Vermögenssituation. Sie sind zwischen 20 und 35 Jahre alt. Vorwiegend Arbeiter (durchschnittlich 1500 TL) aber auch einige Immobilienkaufleute (3000-4000 und mehr TL). Alle seien nicht vermögend und kommen großteils aus dem gleichen Dorf im Südosten mit oftmals gleicher Adresse. Niemand ist vorbestraft. Mafiöse Strukturen werden deutlich, wenn viele aus der gleichen Region und aus dem gleichen Arbeitsumfeld kommen. Ein Angeklagter sagt aus, dass er Familienschutz erhalten habe, den er jedoch nicht gewollt habe. Es handele sich um eine Falle der Polizei.

Nach Prozessunterbrechung (Mittagspause) folgt eine stundenlange monotone Verlesung des Tatherganges durch den Richter ohne neue Informationen

Dann begannen aus der verhandlungsführenden 30er-Gruppe der AnwaltInnen die OpfervertreterInnen vorzutragen: Nach 13 Monaten gibt es jetzt vom Gericht keine einzige neue Information. Warum sind die Rettungswagen so spät gekommen? Die Verletzten mussten in dem Demo-Transparenten transportiert werden. Es gab keine Tragen. Die letzte Rednerin kam von der Ärztekammer und hat dargelegt, dass die Zahl der Toten durch das eingesetzte Gas gestiegen ist.

Es wurde kritisiert, dass vom Gericht keinerlei Zusammenhänge hergestellt wurden. Es würden alleine nur Sündenböcke gesucht. Das Gericht ordnet sich der staatlichen Vertuschungsstrategie unter. Es werde nur Theater gespielt um abzulenken von der Rolle, die dieser Anschlag zwischen den beiden Wahlen für die AKP-Erdogan-Regierung hatte.

Der Geheimdienst MHT hatte sehr viele Informationen. In eineinhalb Jahren gab es neben vielen kleineren fünf große Anschläge, die jedes Mal der PKK untergeschoben wurden. Was ist das für ein Staat, der es nicht schafft, in dieser Zeit die Täter festzusetzen? Man kannte sie und wusste, wo sie in Pakistan ausgebildet wurden. Nach dem Anschlag auf die Hochzeit in Gaziantep (verursacht durch ein Kind mit Bombengürtel) sind die Attentäter dort frei herumgelaufen. Auf dem Weg nach Ankara wurden die Täter nicht aufgehalten, sie konnten auf dem Hin- und Rückweg an der gleichen von Kameras überwachten Tankstelle rasten und tanken. Erst sechs Tage später wurde ein Ausführer dann festgenommen, der sich jedoch bei der Festnahme praktischerweise hochgesprengt hat.

Z. B. Junaz Durmaz, einer der Attentäter wird seit 2003 beobachtet und 2009 verhaftet. Er war an dem Al-Kaida-Attentat 2003 in Istanbul beteiligt. Er und andere im Gerichtssaal anwesende Täter konnten jahrelang stän-

dig die Grenze übertreten, wurden festgenommen und wieder freigelassen. Viele verdächtige Personen sind bis heute frei. Die eigene Familie hatte bereits den verdächtigen Sohn als potentiellen Attentäter angezeigt. Davotuglu sagte dazu, man könne einen Attentäter nicht verhaften, bevor er die Tat begangen hat.

Das Gericht will Opfer, Taten und Täter nicht sehen. Man versucht ein falsches, lückenhaftes und zusammenhangloses Bild zu zeichnen von den Vorgängen.

Warum sind die Taten nicht verhindert worden? Warum konnten IS-Kämpfer aus türkischen Gefängnissen fliehen? Warum wurden die Verantwortlichen nicht zur



Rechenschaft gezogen? Warum musste kein Geheimdienstleiter oder Polizeichef oder Minister zurücktreten? Warum sind zu keiner Zeit AKP-Veranstaltungen angegriffen worden, sondern nur immer oppositionelle Kräfte?

Es gibt eine Arbeitsteilung zwischen Erdogan und dem IS: Der eine greift mit staatlichen Mitteln an, der andere mit terroristischen. Bei dem Vorwurf „wir sind Opfer eines Massakers, das hätte verhindert werden können“, da hat der Richter gelacht.

Ein weiteres Indiz, das auf Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit den Terroristen hinweist: Jede Demo in Ankara wurde bisher durch mehrstündige Kontrollen der Busse behindert. An diesem Tage gab es ausnahmsweise an keinem Bus Kontrollen. Frühmorgens um zehn, kurz nach Eintreffen der Busse, detonierten die Bomben.

Der damalige Ministerpräsident Davotuglu hatte öffentlich festgestellt, dass nach den Attentaten, zwischen den Wahlen, es einen deutlichen Stimmenzuwachs für die AKP gegeben hat.

Dass man sich nicht im Geringsten um Spurensicherung bemüht habe, dafür führten die Anwälte auch die Tatsache an, dass der Straßenverkehr an den Orten der Detonationen bereits wieder zu einer Zeit freigegeben wurde, als noch Leichenteile herumlagen.

Ein Anwalt der Bauarbeitergewerkschaft hatte keine Zulassung erhalten, aber trotzdem das Wort ergriffen und das Mikrofon nicht losgelassen, nachdem der Gerichtsdienst es ihm auf Anweisung des Richters abnehmen wollte. Er beendete seine Erklärung für seine Gewerkschaft, die ebenfalls Aktivisten verloren hatte, mit den

Worten: „Das Gericht weiß genau wie ich: Das letzte Wort in diesem Prozess wird Erdogan sprechen.“

Erfolglos versuchte der Richter die SprecherInnen der politischen Agitation zu denunzieren, die mit dem Prozess nichts zu tun hätte.

Wie auch bei der kompromisslos mutigen Ansprache der jungen Anwältin für die Transportarbeiter-Gewerkschaft BTS bewegten sich mehrfach die Sicherheitskräfte jeweils offenbar zum Zwecke der Einschüchterung bedrohlich auf die jeweiligen SprecherInnen zu.

Nach Ende des ersten Prozessstages versammelten sich Opfer und Angehörige erneut vor dem Gerichtsgebäude und hielten Tafeln mit den Gesichtern der Ermordeten hoch und schworen, nicht zu ruhen, bis die wahren Täter und Hintermänner zur Rechenschaft gezogen wurden. Ich hielt das großformatige Foto einer jungen Frau hoch. Neben mir stand eine Frau, die mir zu verstehen gab, dass es sich um ihre Schwester handele. Wir umarmten uns. Die Entschlossenheit der hauptsächlich jungen weiblichen Anwältinnen war im Sprechgesang zu spüren, der

von der Hauptrednerin ausging. Sie hatte bereits im Prozess mutig und entschlossen gesprochen. Es ist die gleiche Anwältin, die ihren Mann am 10.10.2015 verloren hat.

Mein Fazit: Es geht über alle Ländergrenzen hinweg für uns alle um das Ziel, unter welchem Motto auch die mörderisch beendete Massendemonstration vom 10.10.15 stand: *Dem Krieg zum Trotz. Frieden jetzt. Sofort.*

Die Entschlossenheit und der Mut der AnwältInnen, der Opfer, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien sowie ihr koordiniertes gemeinsames Vorgehen in dieser schweren Zeit haben gezeigt, dass die demokratischen Kräfte in der Türkei nicht aufgeben. Sie brauchen unsere Unterstützung. Wie? Das beantwortet Sevim Dagdelen im letzten Kapitel ihres soeben erschienen Buches *Der Fall Erdogan – Wie uns Merkel an einen Autokraten verkauft*.

Holger Griebner, Hamburg, 10. November 16

Für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit

23. Friedensratschlag in Kassel am 3. und 4. Dezember 2016

- Rassismus und Nationalismus entgegentreten
- Deutsche Kriegs- und Aufrüstungspolitik stoppen
- für Verhandlungslösungen

Referate und Workshops nach Themengruppen:

Konfliktregionen, Globalstrategien und ökonomische Interessen

- Afghanistan: Gibt es eine friedliche Perspektive?
- Afrika nach dem Rohstoffboom
- Irak: ein endloser Krieg?
- Israel und Palästina: Aktuelles
- Korea: Warum kein Frieden nach 60 Jahren?
- Lateinamerika: Ende der linken Hegemonie?
- Libyen: Gibt es einen Ausweg aus dem Chaos?
- Mali: Wem nützen die Bundeswehreinätze?
- Osteuropa: Washingtons neue beste Freunde
- Syrien: Wer kämpft gegen wen und warum?
- Türkei: Merkels Partnerschaft mit Erdogan - Wohin steuert das Land?
- Ukraine: Das Elend einer Spielfigur
- USA: Innen- und Weltpolitik nach den Wahlen

Militarisierung, NATO, EU und deutsche Politik

- Bundeswehr-Weißbuch 2016
- Cyberpeace: Gegenmodelle zur Bedrohung aus dem Datenraum
- EU-Militarisierungsschub nach dem Brexit und den US-Wahlen?
- Killerroboter verbieten – wie kann das gehen?
- NATO-Centres of Excellence in Kalkar und Kiel

- NATO-Gipfel 2017 in Brüssel
- Terrorismus und soziale Gerechtigkeit
- US-Militärbasen in Deutschland und Südeuropa

Aktionsorientierung der Friedensbewegung

- Wo steht die Friedensbewegung?
- Was tun gegen Bundeswehr-Schulbesuche?
- Krieg in den Medien – Medien im Krieg
- Wie können wir Videos in sozialen Medien nutzen?
- Wie stehen Beschäftigte in der Rüstungsindustrie zu Rüstungsproduktion, -export und Sozialabbau?
- Zivilklauseln an Hochschulen und Konversion
- Protestkultur, Lerngelegenheiten u. Einflussnahme
- World Cafe: Kampagnen der Friedensbewegung stellen sich vor

ReferentInnen:

Dr. Jürgen Altmann, Jacqueline Andres, Dr. Matin Baraki, Dr. Jörg Becker, Murat Cakir, Dr. Erhard Crome, Sevim Dagdelen, Dr. Andreas Eis, Dr. Jörg Goldberg, Harri Grünberg, Joachim Guilliard, Klaus Hartmann, Lühr Henken, Stefan Hügel, Kristine Karch, Reinhard Lauterbach, Karin Leukefeld, Jürgen Lutterkordt, Sabine Lösing, Thomas Mickan, Dr. Dietrich Meyer-Ebrecht, Freya Maria Pillardy, Willi van Ooyen, Michael Schulze von Glaßer, Konrad Ott, Anne Rieger, Clemens Ronnefeldt, Dr. Werner Ruf, Dr. Sabine Schiffer, Ingar Solty, Conrad Schuhler, Jörg Tiedjen, Bernhard Trautvetter, Philipp Vollrath, Dr. Rainer Wernig

Weitere Infos unter: <http://www.friedensratschlag.de/>

Bildnachweis: Zwei Fotos von der Demonstration am 8.10. in Berlin: Gerd Krützfeld